



## Zehn Jahre Vertrag von Lissabon Reflexionen zur Zukunft der europäischen Integration

Tagung - 21. Juni 2019 - Berlin - Europäisches Haus / Vertretung der Europäischen Kommission  
[www.juwiss.de/juwissday-2019](http://www.juwiss.de/juwissday-2019)

Nach einer Dekade Lissabon-Vertrag steht die Europäische Union vor beispiellosen Herausforderungen, die das gemeinsame Fundament erschüttern: der Brexit und die Anziehungskraft supranationaler Union, der fragil zusammengehaltene Euroraum, die Flüchtlingskrise und divergierende Verständnisse eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die Rechtsstaatskrise in nicht nur Polen und Ungarn und auseinanderdriftende Werte in Politik und Gesellschaft.

Trotzdem – oder gerade angesichts dieser europäischen Polykrise in Permanenz wächst die Einsicht in die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der europäischen Integration. Selbst diesseits der Frage nach einer idealen Finalität europäischer Einigung ist ein Wille auszumachen, grundlegende Revisionen sowohl des Primär- als auch des Sekundärrechts anzupacken. Der Beginn einer neuen Legislaturperiode nach der Europawahl im Mai, die Offenheit für Reformideen, sichtbar in zahlreichen Konzeptpapieren und Reformvorschlägen, sowie der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union eröffnen ein konkretes rechtspolitisches Reformzeitfenster.

Hier kann die junge Wissenschaft des öffentlichen Rechts ansetzen und ihre Konzeptionen, ihre Kritiken und ihre Reflexionen in die Diskussion einbringen. Unsere Tagung will zu vier zentralen Politikbereichen konkrete Optionen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union unter Einbeziehung vielfältiger Perspektiven diskutieren. Damit soll die Veranstaltung einen wissenschaftlich fundierten Impuls zu der im Laufe der kommenden Monate und Jahre anstehenden rechtspolitischen Debatte, zu der von Frankreichs Präsident Macron so genannten „Europakonferenz“, setzen.

**Zu den vier nachstehenden Themenfeldern (siehe nächste Seite) bitten wir um Vorschläge für ca. 20-minütige Referate bis zum 26. April 2019 an [tagung@juwiss.de](mailto:tagung@juwiss.de). (max. 5.000 Zeichen). Die Referate werden auf der Tagung von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und Praxis kommentiert und im Anschluss an die Tagung in einem Beiheft der Zeitschrift „Europarecht“ veröffentlicht. Im Vorfeld und begleitend zur Tagung laden wir zum Bloggen und Diskutieren ein auf**

## Reform der Wirtschafts- und Währungsunion

Wie lässt sich die Wirtschafts- und Währungsunion krisenresilient fortentwickeln, um die Eurozone weiterhin makroökonomisch zu stabilisieren und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu verbessern? Hier stellen sich beispielsweise Fragen nach der Integration oder Fortentwicklung intergouvernementaler Instrumente wie des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der Allokation demokratischer-parlamentarischer Rechenschaftspflicht im Euroraum und der Einrichtung neuer Institutionen wie der eines EU-Finanzministers, einer Neuordnung der EU-Eigenmittel oder einer neuen Fiskalkapazität im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens.

## Weiterentwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Dieses Panel soll Reflexionen der Erwartungen an einen Raum verhandeln, der auf gegenseitigem Vertrauen und dem Konzept gegenseitiger Anerkennung aufbaut. Wie kann ein von Recht und Freizügigkeit geprägter europäischer Raum fortentwickelt werden, dessen Mitglieder zugleich um Souveränität, Sicherheit und Solidarität ringen? Wo liegen die Grenzen der Integration, der Anerkennung nationaler Rechtsakte? Wie kann das unionale Migrationsregime realistisch reformiert werden?

## Ausgestaltung des sozialen Europa: Integration versus Nationalisierung

Als Entwicklungsoptionen der sozialen Säule der Europäischen Union stehen sich Renationalisierung oder stärkere Integration gegenüber und drängen auf die Frage, welcher Weg angesichts der unterschiedlichen Sozialmodelle in der EU für die Stärkung sozialer Konvergenz beschritten werden sollte. Sollen härtere harmonisierte Mindeststandards und beispielsweise eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, ein europäischer Mindestlohn oder eine europäische Arbeitsagentur geschaffen werden?

## Weiterentwicklung der institutionellen Verfassung

Eine EU-Reformdiskussion muss übergreifende Fragen in den Blick nehmen, beispielsweise die Diskussionen um einen „competence creep“ der EU, Friktionen in der institutionellen Architektur der EU oder um demokratische Legitimation. Spezifische Reformaspekte sind beispielsweise die Reform des EU-Wahlrechts, die Bewältigung des „Kopenhagen-Dilemmas“ auch jenseits des Rechtsstaatsverfahrens gemäß Art. 7 EUV, beispielsweise durch eine Neuordnung des EU-Budgets im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens oder die justizielle Kontrolle nationaler Rechtssysteme auf Demokratietauglichkeit, die Trennschärfe der europäischen Kompetenzordnung sowie die Analyse und Weiterentwicklung von Modellen differenzierter Integration.

**Bewerbt Euch mit Papers bis zum 26. April 2019 unter [tagung@juwiss.de](mailto:tagung@juwiss.de).**



JUNGE WISSENSCHAFT  
IM ÖFFENTLICHEN RECHT

Noerr



Nomos

Kohlhammer

